



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/94

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

23. April 1953

Zum 1. Mai 1953	S. 1
Deutscher Botschafter zensuriert die Presse	S. 4
Zum Parteitag der CDU in Hamburg	S. 5

## Kampftag 1. Mai

Von Wilhelm Mellies,  
stellvertretender Vorsitzender der SPD

Der 1. Mai hatte für die Arbeiterschaft stets eine doppelte Bedeutung. Er ist einmal als der große Weltfeiertag der schaffenden Menschen gedacht. Wenn er das im wahrsten Sinne des Wortes werden soll, müssen die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse so geordnet werden, daß die Menschen frei von Furcht, frei von Not und frei von Bedrückung leben können. Von diesem Zustand sind wir noch sehr weit entfernt. Bis er erreicht ist, wird deshalb der 1. Mai auch stets ein Kampftag bleiben. An diesem Tage werden die Forderungen immer wieder erhoben werden müssen, die zu erfüllen sind, wenn wir den 1. Mai zu einem echten Feiertag gestalten wollen.

## Die ausgebliebene Neuordnung

In den Jahrzehnten, die verfließen sind, seitdem der 1. Mai gefeiert wird, konnten gewiß manche Forderungen durchgesetzt werden. Der 8-Stunden-Tag ist heute unumstritten. Die Demokratie ist als die Staatsform, die allein die Gewähr für Freiheit und Menschenwürde bietet, anerkannt. Aber was wir gerade am 1. Mai 1953 in der Bundesrepublik besonders schmerzlich empfinden, ist die Tatsache, daß ein wirklicher Durchbruch zu einer wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung bisher nicht gelungen ist. Gerade in der Zeit der Nachkriegsfolgen wäre sie unerläßlich notwendig gewesen.

Seit der Währungsreform geht man aber in der Bundesrepublik den Weg der Restauration. Obwohl die Nöte und die Schwierigkeiten größer geworden sind, glaubt man, die Probleme von heute mit den Mitteln von gestern beseitigen zu können. Die Folge ist das "soziale Unbehagen", das sogar Prof. Röpke erkennen muß. Die Folge ist weiter die ernste Sorge, daß die Auswirkungen eventueller wirtschaftlicher Schwierigkeiten unser ganzes Sozialgefüge sprengen können.

Es ist noch nie ein besonderes Kunststück der Wirtschaftspolitik gewesen, in der Zeit einer guten Konjunktur eine große Zahl von Arbeitsplätzen zu haben. Aber die noch weit über einer Million liegende Arbeitslosenziffer und die große Zahl der Kurzarbeiter erinnern uns täglich daran, daß diese Arbeitsplätze keineswegs gesichert sind. Entscheidend ist aber für alle Schaffenden gerade der gesicherte Arbeitsplatz.

Die Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, verbunden mit der rasenden Entwicklung der Technik haben fortlaufende Änderungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung notwendig gemacht. So ist ein Dickicht von Gesetzen, Durchführungsverordnungen, Verordnungen, usw. entstanden, das selbst die besten Fachleute auf dem Gebiet der Sozialversicherung nicht mehr überblicken können. Zu einer gründlichen Reform, zur Schaffung eines wirkungsvollen Sozialplanes aber fehlen einer restaurativen Politik sowohl der ernste Wille wie die Kraft.

#### Der Fluch der Spaltung

Mit großer Sorge beobachten alle Menschen die weltpolitische Entwicklung. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges war die Sehnsucht nach dem Frieden in der Welt stärker denn je; aber mit Entsetzen sahen die Menschen, daß neue Spannungen von einem Ausmaß entstanden sind, daß die Furcht vor dem dritten Weltkrieg nicht verschwinden konnte. Nun haben sich in den letzten Wochen Zeichen einer Entspannung gezeigt. Niemand weiß heute, ob diese Zeichen Vorboten einer wirklichen Entgiftung der weltpolitischen Atmosphäre sein werden. Die deutsche Bevölkerung leidet unter diesen Spannungen deshalb besonders, weil Deutschland geteilt ist, andererseits ist gerade die Teilung Deutschlands der Hauptgrund für diese Spannungen. Wer sie beseitigen oder wenigstens erheblich mildern will, wird alles daran setzen müssen, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Wenn wir den 1. Mai des Jahres 1953 festlich begehen, gedenken wir besonders der 18 Millionen Menschen in der sowjetischen Zone, die nicht mit uns gemeinsam feiern können, die unter einem Regime des Terrors leben, einem Regime, das gerade in den letzten Monaten Tausende und Abertausende zwang, ihre Heimat zu verlassen. Die in der sowjetischen Zone zurückgebliebene Bevölkerung steht aber in den nächsten Wochen und Monaten vor einem Mangel an den notwendigsten Lebensmitteln, der viel schlimmer ist, als der in der Bundesrepublik in dem furchtbaren Jahre 1947.

Der 1. Mai 1953 hat deshalb für uns eine besondere Bedeutung. Die alte Forderung von Völkerverständigung und Völkerfrieden kann nur Wirklichkeit werden, wenn die deutsche Einheit wiederhergestellt ist. Frei von Angst und Furcht können die Menschen nur werden, wenn sie einen gesicherten Arbeitsplatz und eine ausreichende Altersversorgung haben. Gleichzeitig muß dafür gesorgt werden, daß den jungen Menschen eine ausreichende Erziehung und Berufsausbildung gewährleistet wird. Für diese Forderungen werden wir am 1. Mai in dem Bewußtsein demonstrieren, daß die Entscheidung über ihre Verwirklichung in diesem Jahre in den Händen des deutschen Volkes selbst liegt. Der Bundeskanzler selbst hat in einem Brief an die Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung ja bei den Wahlen darüber entscheiden könne, ob sie mit der Politik der Regierung einverstanden sei oder nicht.

Durch ihr, jedem wirklich fortschrittlichen Neubau feindliches Verhalten hat die Bundesregierung keine Politik der Vollbeschäftigung betreiben, sie hat keinen Sozialplan vorabschieden und sie hat außenpolitisch dem Volke nicht die Gewißheit geben können, daß alles für die Wiederherstellung der deutschen Einheit geschieht.

Somit wird der 1. Mai für die Sozialdemokratie ein Kampftag für die Bundestagswahl. In der Demokratie geht die Staatsgewalt vom Volke aus, und das Volk hat in wenigen Monaten über diese Staatsgewalt neu zu bestimmen. Deshalb verbinden wir mit unseren Forderungen in der Sache den Aufruf an das deutsche Volk, bei der Wahl eine Entscheidung zu treffen, die gewährleistet, daß Freiheit und soziale Gerechtigkeit die Grundlagen der zukünftigen Politik in Deutschland sind.

+ + +

Deutscher Botschafter zensiert die Presse

Uns wird geschrieben:

Zwischen dem Botschafter der Bundesrepublik in Argentinien, Dr. Terdengé, und den in Buenos Aires tätigen deutschen Journalisten, die Vertreter deutscher Zeitungen und der dpa sind, ist ein Konflikt entstanden, der zu einer Beschwerde der Journalisten beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung geführt hat. Die Agentur Reuter hatte gemeldet, daß Terdengé bei seinem letzten Besuch in Deutschland öffentlich geäußert habe, die in deutschen Zeitungen erscheinenden Berichte über Argentinien seien vielfach einseitig. Die deutschen Journalisten in Argentinien, denen sofort nach Verbreitung dieser Äußerung des deutschen Botschafters in ihrem Gastlande Schwierigkeiten entstanden waren, verlangten in einer Aussprache mit Terdengé nach dessen Rückkehr nach Argentinien, daß er die öffentlich abgegebene Erklärung, die eine Verletzung der Berufsehre der Journalisten enthalte, auch öffentlich zurücknehmen solle. Terdengé weigerte sich, dies zu tun und erklärte sich lediglich bereit, in einer gemeinsam mit den Journalisten abgegebenen Erklärung "gegen jede einseitige Berichterstattung über Argentinien" Stellung zu nehmen. Er wollte dabei weder den erhobenen Vorwurf zurücknehmen, noch etwa eine Entschuldigung aussprechen. Die Journalisten haben darauf eine gemeinsame Beschwerde an das Presseamt in Bonn gerichtet.

x

Dieser Vorgang kann nur kurz und bündig mit einem alten deutschen Sprichwort kommentiert werden: "Wie der Kerre, so's Gescherre!" Der Vorgesetzte des Herrn Terdengé, Außenminister und Bundeskanzler Dr. Adenauer, hat erst kürzlich in einer Ansprache auf dem Empfang des Deutschen Journalistenverbandes die Arbeit der deutschen Journalisten ebenfalls zensiert. Die Note lautete auf "besser als im vergangenen Jahre". Sie stützte sich übrigens vornehmlich auf eine Meinung des britischen Hohen Kommissars. Terdengé ist in einem Lande tätig, in dem die Lenkung der Presse zum System gehört. Er scheint sich dort wie zu Hause zu fühlen.

+ + +

### Viel Feuilleton, viel Totalität

F.B. Nach fünftägigen Beratungen wurde der 4. Bundesparteitag der CDU in Hamburg mit wenig fairen Angriffen seitens des Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers auf die gastgebende Hansestadt und mit der Verlesung eines "Dankgedichtes" an den Bundeskanzler beendet, dem aus München-Pasing telegraphiert wurde: "Es grüßt Sie, mit Händen an der Hosennaht, der Unbekannte Soldat". Ein Parteitag wurde beendet, an dem die Delegierten den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Dr. Adenauer ständig in Abwesenheit feiern mußten, denn sein Beitrag an dieser Veranstaltung bestand lediglich aus einem 30 Minuten langen Zweitdruck-Feuilleton über die Amerikareise.

#### Frankreich nicht einmal erwähnt

Der Parteitag hat außenpolitisch lediglich die Bestätigung dafür erbracht, daß der Kanzler nur noch auf die amerikanische Karte zu setzen gewillt ist. Wenn man zum Vergleich die Parteitage der CDU von Goslar und Karlsruhe heranzieht, dann wird das umso augenfälliger, denn auf diesen Veranstaltungen stand das deutsch-französische Verhältnis im Mittelpunkt aller Beratungen. Frankreich wurde in Hamburg noch nicht einmal am Rande erwähnt. Wie sehr wir uns mit der USA-Musterschülerpolitik in Westeuropa den Boden selbst entziehen, dürften die Kommentare vor allem der belgischen und französischen Presse beweisen, die die Äußerung des Bundeskanzlers, daß es nur noch die beiden Mächtegruppen USA und Sowjetrußland gäbe und dann eine ganze Weile nichts komme, aufgriffen. Die westeuropäische Presse hat nicht nur auf diese Äußerungen des Kanzlers empfindlich reagiert, sondern sie spricht auch bereits wieder von einem deutschen Komplex der Maßlosigkeit, was durchaus gerechtfertigt ist, wenn man bedenkt, was der Kanzler wörtlich sagte: "In unserer Hand, der CDU und CSU und der Koalitionsparteien, liegt in Wahrheit das Schicksal der Welt". Noch während des Parteitages konnte man feststellen, daß das blinde und alleinige Streben, amerikanischer Musterschüler zu sein, unsere europäischen Nachbarn empfindlich verärgert hat.

In diesem Zusammenhang muß man auch die Saarfrage erwähnen. Der CDU-Parteitag hat sie mit keinem Wort und in keiner Entschließung berücksichtigt. Die mahnenden Worte des Saarvertreters, daß im Osten niemals die Freiheit erreicht werden könne, wenn nicht an der Saar die Grundsätze der Demokratie endlich verwirklicht werden, verhallten ungehört.

Die Bedeutung des CDU-Parteitages ist weit mehr auf innerpolitischem Gebiet zu sehen, und das Hervorstechendste dürfte der Totalitätsanspruch der Christlich-Demokratischen-Union auf allen Gebieten staatlichen Lebens sein. Die Koalitionspartner der CDU werden es sicherlich gebührend vermerkt haben, in welcher deutlicher Form von offiziellen Sprechern bekanntgegeben wurde, daß man sie lediglich als Hilfstruppen betrachtet, die man abzustößen gedenkt, sobald die machtpolitischen Voraussetzungen dazu vorliegen. Dieser Totalitätsanspruch wurde weiter besonders auf dem Gebiete der Kulturpolitik deutlich. Nicht nur, daß es in einer Entschließung heißt, daß das Elternrecht, wie es die CDU

versteht, durch keine staatlichen Gesetze eingeschränkt werden darf - das Geschrei gegen die Gewerkschaften, die angeblich den Staat und das Parlament nötigen, sollte allein dadurch zum Verstummen kommen - man ist sogar willens, sich über das Grundgesetz hinwegzusetzen und denkt nicht daran, den Forderungen der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu entsprechen.

#### Ahlener Programm abgeschrieben

Einen breiten Raum in allen Beratungen nahm die Wirtschaftspolitik ein, und das Ergebnis dieser Beratungen ist, daß das Ahlener Programm, das in Goslar und Karlsruhe als Lippenbekenntnis nur mühsam über die Runden gebracht werden konnte, endgültig abgeschrieben ist. Der Ersatz dafür soll das propagierte Miteigentum sein, das erstmalig von der KAB (Katholische Arbeiterbewegung) in die Diskussion geworfen wurde. Nun, kein Mensch wird Einwände dagegen haben, daß Eigentum in möglichst breiter Streuung geschaffen wird. Die Miteigentums-Theorie der CDU aber hat zum Ziel, Eigentum minderen Rechtes zu schaffen. Es gibt in dem sogenannten Hamburger Programm für den zweiten deutschen Bundestag nicht eine einzige Stelle, die genauere Auskunft über die Formen des Miteigentums gibt. Lediglich einer Vorlage des Sonderausschusses für Eigentumbildung, die nicht zur Abstimmung gestellt wurde, kann man Einzelheiten entnehmen, und da heißt es, daß die Auszahlung oder Beleihung, die Veräußerungsmöglichkeiten bei Arbeitsplatzwechsel und ähnlichen den betrieblichen Anforderungen genügen müssen. Allein aus diesen Andeutungen geht hervor, daß das Eigentum, das man den breiten Massen des Volkes geben will, minderen Rechtes sein soll, daß der propagierte "Produzentenlohn" nichts anderes bedeutet, als neue Abhängigkeiten vom Unternehmer zu schaffen.

In den fünf Tagen der CDU-Beratungen haben drei Problemstellungen gleichsam wie ein roter Faden die Beratungen durchzogen. Die ständige Beteuerung, daß durch die CDU der Konfessionshader überwunden wurde, die Beteuerung, daß sich die CDU von niemandem in dem Willen zur Einheit Deutschlands übertreffen lasse und die obligatorischen Angriffe gegen die SPD. Es erscheint seltsam, daß man in Hamburg erneut das beteuern muß, was man vor zwei Jahren in Goslar bereits als endgültig überwunden dargestellt hat, nämlich den Ausgleich der beiden christlichen Konfessionen in der CDU. Diese Deklamationen sind nur dann verständlich, wenn man weiß, mit welcher Ellenbogenpolitik die evangelischen Christen in der CDU an die Wand gedrückt wurden. Zum zweiten ist das wortreiche Bekenntnis zur Einheit Deutschlands der CDU nur als der Ausdruck des schlechten Gewissens zu werten, und zum dritten werden die ständigen Verleumdungen der Sozialdemokratie, die man auch in Hamburg als die Vorfrucht des Kommunismus darstellen wollte, in der Bevölkerung auf taube Ohren stoßen.

#### Echte Diskussion fehlte

Hamburg war nur dem Namen nach ein Parteitag, denn eine echte Diskussion ist niemals zustande gekommen. Referate und Zustimmungsmonologe wechselten ab. Wir haben in Hamburg fünf Tage lang gehört, wie erfolgreich, wie gut, ja wie phantastisch die Erfolge der CDU-Politik waren. Die Erläuterungen des CDU-Abgeordneten Scharrenberg zum neuesten Wahlrechtsmanöver der CDU dürften die beste Unterstreichung dieser Erfolgspolitik gewesen sein. Denn wenn es so wäre, wie man es in Hamburg darstellen wollte, dann hätte man es nicht nötig, dem Votum des Volkes durch Winkelzüge auszuweichen.